

# Lasst den KMUs was den KMUs gehört!

Donnerstag, 30. März 2017

**Der Gemeinderat hat unlängst etwas länger über ein weltbewegendes Thema diskutiert, nämlich über Graffiti. Das Protokoll zu diesem Thema ist 13 Seiten lang. Mancher fragt sich, was das soll, denn der Gemeinderat hat mehrere Hundert unerledigter Geschäfte.**

Sollten die nicht speditiver vorwärts arbeiten? Aber in der Frage der Graffiti steckt eben mehr als man denkt... Es geht nämlich drum, wer die illegale Graffiti entfernen soll. Die Rechte meint: Das können private KMUs machen. Die Linke meint: Das soll die Verwaltung machen. Und ein Dritter (parteilos) meint gar: Man soll die Graffiti gar nicht entfernen, wie in Bangkok. Die hätten übrigens mit 12 Millionen Einwohnern nicht einmal halb so viel Geld zur Verfügung wie Zürich. Und ein Grüner meint schliesslich, man solle nicht mehr die Entfernung der Graffiti finanzieren, sondern die Graffiti-Künstler. Wenn man das Protokoll des Gemeinderats liest, bekommt vor Augen geführt, wie verschieden wir alle ticken. Vieles ist ja auch Geschmackssache.

Für die Zürcher KMU ist es jedoch mehr als Geschmackssache, ob sie Aufträge haben. Mit diesen Aufträgen bezahlen sie ihre Mitarbeiter und bilden Lehrlinge aus. Die Zürcher Verwaltung beschäftigt inzwischen rund 20'000 Angestellte (niemand weiss genau wie viele). Diese erledigen teilweise wirkliche Staatsaufgaben – wie zum Beispiel die Polizistinnen, die Mitarbeiter des Zivilstandsamts oder die Steuerkommissäre. Aber die Verwaltung dringt auch immer mehr in Bereiche ein, die eigentlich den KMU gehören. So wird eben die Graffiti staatlich entfernt, auf den Friedhöfen gibt es staatliche Urnenkränze, welche gleich bei der Anmeldung eines Todesfalls angeboten werden, und der Schnee wird staatlich gepflügt. Viele meinen, das sei doch egal. Beispiele zeigen jedoch: Wo der Staat immer grösser wird und Eigeninitiative nicht belohnt wird, stirbt die Leistungsfähigkeit. Und zuletzt auch das Gemeinwesen selbst, denn jede Verwaltung lebt von den Steuern, die die Unternehmen zusammen mit ihren Mitarbeitenden erwirtschaften.

Nicole Barandun-Gross  
Präsidentin Gewerbeverband der Stadt Zürich